

femmes protestantes

Entwurf Vorstandssitzung, 27. März 2026

Stellungnahme der femmes protestantes: NEIN zur Verschärfung des Zivildienstes

Der Zivildienst ist ein in der Verfassung verankerter Ersatzdienst für Personen, die aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten können. Den Vollzug regelt das Zivildienstgesetz.

Die eidgenössischen Räte haben eine Revision des Zivildienstgesetzes beschlossen, die den Wechsel vom Militär- zum Zivildienst massiv erschwert. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Am 14. Juni 2026 stimmt die Schweiz daher über die Revision des Zivildienstgesetzes ab. Laut Bundesrat würde eine Verschärfung des Gesetzes den Zugang zum Zivildienst massiv einschränken und zu einer Reduktion der Zulassungen um etwa 40% führen.

femmes protestantes engagiert sich gegen eine Verschärfung des Zivildienstes.

Die Stärkung des Zivildienstes ist aus feministischer Perspektive zentral: für die Gleichstellung der Geschlechter, die Aufwertung der Care-Arbeit und eine gewaltfreie, solidarische Gesellschaft.

femmes protestantes engagiert sich für eine feministische Friedenspolitik. Dazu gehört auch aus Gewissensgründen entscheiden zu können, keinen Militärdienst zu leisten. Oder diesen während oder nach der Rekrut:innenschule nicht weiterzuführen.

Zudem erwarten wir eine geschlechtergerechte Schweizer Armee, die ihre Aufgaben wahrnimmt und ein diskriminierungsfreies, respektvolles und mit dem zivilen Leben zu vereinbarendes Umfeld schafft, das es jungen Menschen ermöglicht, einen sinnstiftenden Dienst in der Armee zu leisten.

Zu den Argumenten:

- 1. Einsatz für die Gemeinschaft und die Care-Arbeit:** Zivildienstleistende übernehmen wichtige Aufgaben insbesondere in Alters- und Pflegeheimen, Spitälern, Schulen, im Naturschutz sowie in der Land- und Alpwirtschaft. Sie helfen dort mit, wo die Ressourcen schon knapp sind. Eine Schwächung des Zivildienstes gefährdet den sozialen Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft. Und suggeriert, dass diese Arbeiten wieder gratis geleistet werden müssen.

femmes protestantes

Entwurf Vorstandssitzung, 27. März 2026

- 2. Diskriminierungsfreiheit:** Der Zugang zum Zivildienst soll erschwert werden – unter anderem durch längere Dienstzeiten und restriktivere Zulassungskriterien. Pro Jahr scheiden rund 11'000 Militärdienstpflichtige vor Erfüllung ihrer Dienstpflicht aus der Armee aus. Von ihnen wechseln aktuell mehr als sechzig Prozent in den Zivildienst. Der Militärdienst ist aus Sicht vieler weniger sinnstiftend, weniger vereinbar mit dem zivilen Leben und weniger attraktiv als der Zivildienst. Das zeigt eine vom Bund bestellte Studie über die Motivlage zu Armeeabgängen¹. Hier benötigt es klare Massnahmen, wie die Studie über Diskriminierung und sexualisierte Gewalt in der Armee aufzeigt, und keine Verschärfung des Zugangs zu den Alternativen.

Die Studie über Diskriminierung und sexualisierte Gewalt in der Armee ist eine der 285 Massnahmen des Aktionsplans. Sie war ein wichtiger Schritt, damit ein sicheres und respektvolles Umfeld innerhalb der Armee geschaffen wird. Die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Diskriminierung gehört zu den zentralen Prioritäten der Gleichstellungsstrategie 2030 des Bundesrates. Neue Massnahmen müssen eingeführt werden, um Angehörige des Militärs besser vor Diskriminierung und sexualisierter Gewalt zu schützen. Dazu gehören die Verhinderung von unangemessenem Verhalten, die Sensibilisierung und Schulung der Angehörigen der Armee, die Stärkung der Opferrechte und die Vereinfachung der Meldeverfahren. Diese Massnahmen sind ein wichtiges Puzzleteil hin zu einem respektvollen Umgang in der Armee.

- 3. Gewissensfreiheit:** Aus protestantischer Perspektive ist die Gewissensfreiheit ein zentrales Gut. Die Reformationsbewegung hat die individuelle Gewissensentscheidung gegen staatliche oder kirchliche Zwänge gestärkt. Der Zivildienst ermöglicht es, dieser Überzeugung zu folgen und Militärdienst aus ethischen oder religiösen Gründen abzulehnen. Eine Einschränkung des Zivildienstes würde diese Freiheit beschneiden und damit ein Grundprinzip protestantischer Ethik verletzen.

¹ <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/90563.pdf>